

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Tageblatt Riesa,
Bernauer Str. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptkollektors Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1580,
Strohkasse,
Riesa Nr. 52.

Nr. 37.

Freitag, 13. Februar 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 32 mm breite, 3 mm hohe Grundstift-Beile (6 Silben) 25 Gold-Pfennig; die 24 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennig; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag fest. Tarife, Bewilligter Rabatt ertönt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden darf, oder bei Auftragsgeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen: Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei: der Lieferant oder der Beförderungsunternehmen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weißerstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittich, Riesa.

Der Reichstag verlangt Revision des Youngplanes. Der Etat des Auswärtigen Amtes bewilligt.

Berlin. Bei der Abstimmung über den Haushalt des Auswärtigen Amtes im Reichstag in der Donnerstagssitzung wurde ein Antrag des Christlich-Sozialen Volksdienstes und der Konservativen, wonach die Regierung möglichst bald in Verhandlungen über eine Revision des Youngplanes mit den beteiligten Mächten eintreten und alle innerpolitischen Maßnahmen treffen solle, die für den Erfolg notwendig seien, mit 214 gegen 56 Stimmen der Kommunisten angenommen.

von Berlin, 12. Februar.

Im Reichstage standen die Verhandlungen der heutigen Sitzung zunächst noch ganz unter dem Zeichen des Ausbaus der Reichsradikalen und den Wirkungen dieser politischen Demonstration.

Vor Eintritt in die Tagesordnung regte, wie wir bereits gestern kurz mitgeteilt haben, der Abg. Dr. Weber von der Staatspartei an, der Reichstag möge sich mit der Frage beschäftigen, was gegen solche Abgeordnete zu unternehmen sei, die sich gegen die Geschäftsordnungsbestimmungen verhalten, wonach jeder Abgeordnete verpflichtet ist, sich an den Arbeiten des Reichstages zu beteiligen.

Der sozialdemokratische Abg. Kuschner fragte den Präsidenten, was an der von den Nationalsozialisten verbreiteten Meinung sei, daß die durch ihren Auszug erparierten Plätze den Arbeitslosen zugute kommen sollten. Präsident Loh erwiderte, ein dahngebender Antrag sei bereits von Dr. Fried an ihn gerichtet worden, aber da die sämtlichen Nationalsozialisten am 1. Februar die gesamten Plätze für den ganzen Monat abgehoben hätten, habe für die in dem Antrag erwähnten Zwecke nicht ein Heller Pfennig zur Verfügung. Diese Erklärung wurde von der Mehrheit mit Beifall aufgenommen.

Die dann folgenden Erörterungen zum Reichstagsvoranschlag waren ebenfalls durch den Ertrag der radikalen Mächte bestimmt. Es mußte ein neuer Vizepräsident an Stelle des von seinem Amt zurückgetretenen nationalsozialistischen Abg. Stöhr gewählt werden und auch für die beiden zurückgetretenen Schriftführer mußte Ersatz geschaffen werden. Als Vizepräsident wurde bekanntlich gegen die Stimmen der Kommunisten, die für ihren Abg. Pleß gestimmt hatten, und bei Stimmenthaltung der Christlich-Sozialen und des Bundes der sozialparteilichen Abg. Freilich von Kardorf gewählt, der schon früher einmal diese Würde im Reichstag bekleidet hat. Auf ihn fielen 258 Stimmen. Als Schriftführer wurden die Abg. Reyses (Z.) und Schneider-Berlin (Staatsp.) gewählt.

Bei den Abstimmungen zum Etat des Auswärtigen Amtes

die dann folgten, wurde auf Antrag des Zentrumspartei, Erfassung gegen die Stimmen der Kommunisten und des Bundes der Arbeiter zur Tagesordnung über alle von den abwesenden Deutschnationalen und Nationalsozialisten gestellten Anträge beschloffen.

Eine Ausnahme wurde nur mit dem nationalsozialistischen Antrag auf Kündigung der deutschen Mitgliedschaft im Völkerbund gemacht. Dieser Antrag wurde in besonderer Abstimmung gegen Kommunisten und Bundes abgelehnt. Der kommunistische Antrag auf sofortige Einstellung der Zahlungen aus dem Young-Plan wurde gegen die Antragsteller, ein Bundesantrag auf sofortige Revision des Youngplanes mit 247 gegen 124 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Angenommen wurde dagegen auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten eine von den Christlich-Sozialen eingebrachte Entschleunigung, die die Reichsregierung ersucht, die Revision der Reparationsverpflichtungen einzuleiten, sobald die inneren Voraussetzungen dazu geschaffen sind. Angenommen wurde auch der vom Auswärtigen Ausschuss empfohlene Antrag der Wirtschaftspartei, wonach eine Denkschrift über alle Vorschläge von Deutschland angedachten Reparationsleistungen herausgegeben werden soll.

Weitere mit großer Mehrheit angenommene Entschleunigungen wendeten sich gegen die Nichterfüllung der Reparationsverpflichtungen durch die außerdeutschen Mitglieder des Völkerbundes, fordern die Aufhebung der Kriegsschuldfrage durch eine unabhängige internationale Untersuchung der Weltkriegsverursachen und fernere Verhandlungen mit Panama, um den Zustand zu befestigen, der den bekannten Plagenwechsel einer Hamburger Kieberei ermöglicht hat.

Nach Erledigung der 2. Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes wurde die 2. Beratung des

Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums

durch kurze Erklärungen des Staatssekretärs Trendelenburg zu den einzelnen Anträgen eingeleitet. Der Leiter des Reichswirtschaftsministeriums wandte sich dabei gegen die Subventionspolitik, die nicht nur finanziell, sondern auch wirtschaftlich unerwünschte Folgen haben könnte. Das

Reichswirtschaftsministerium werde an dem früher bereits vom Reichstag zum Ausdruck gebrachten Grundsatz, daß Subventionen nur dort verteilt werden könnten, wo besondere außerwirtschaftliche Gründe sie erfordern, auch weiterhin festhalten, zumal durch Subventionen vielfach nur eine Verlagerung der Schwierigkeiten auf andere Wirtschaftszweige erzielt werde. Dieser Zusammenhang werde insbesondere leicht von lokalen Stellen übersehen, die sich nicht vor Augen hielten, daß der hierdurch geschaffene künstliche Wettbewerb die Arbeitsbeschäftigten anderer Betriebe in anderen Gebieten beeinträchtige. Auf die beteiligten Stellen solle im Sinne dieser Einstellung eingewirkt werden. Der wirtschaftlich richtigen Verteilung der öffentlichen Aufträge werde das Ministerium auch weiterhin besondere Aufmerksamkeit widmen. Die radikalen Erhebungen über die Vergebung von Reichs- und Landesaufträgen seien ein richtiges Bild von der öffentlichen Verteilung der öffentlichen Aufträge.

In der Aussprache kamen heute die Abg. Larnow (Soz.), Dr. Reubner (Komm.) und Dr. Deffner (Ztr.) zum Wort, die die Wirtschaftskrise und die Vorschläge zu ihrer Verringerung — natürlich je nach dem Parteistandpunkt verschieden — besprachen.

Abg. Larnow (Soz.) erklärte, daß man für die Krise die Regierung nicht verantwortlich machen könne, wenn es auch fraglich sei, ob sie alle Möglichkeiten zu ihrer Beeinflussung ausgenutzt habe. Besonders dringlich sei ein Hausparlamentgesetz. Die Markennachfrageverordnung hätte an den Anfang der Preissteigerungsaktion gestellt werden sollen, ebenso ein Angriff auf die Kartellpreise. Mit den Lohnsenkungsmahnahmen habe der Staat der Wirtschaft einen Bärendienst geleistet. Die fünf Millionen Erwerbslosen gingen seelisch zugrunde. Notwendig sei eine radikale Kürzung der Arbeitszeit, nicht nur als Notmaßnahme, sondern als Dauerzustand. Man behaupte, die Wirtschaft werde durch die Soziallasten erdroffelt, aber von 1924 bis 1928 seien Investitionen in Höhe von 28 Milliarden erfolgt. Der Redner wendet sich gegen die von den Nationalsozialisten empfohlenen Wirtschaftstheorien. Ein ernstes Wirtschaftsprogramm haben sie nicht. Sie wollen die Finanzkrisis beseitigen, aber seit ihrem Wähltag hat sich der deutsche Finanzstand um 2 Prozent gegenüber dem der übrigen Welt verschlechtert. Der Redner kritisiert dann unter lautem Widerspruch der Kommunisten die Zustände in Rußland, die er eine Karikatur des Sozialismus nennt. Große Teile von denen, die heute dem Hakenkreuz und dem Sowjetstern folgen, würden bald wieder zur Sozialdemokratie stoßen.

Abg. Dr. Reubner (Komm.) sieht nirgends das geringste Anzeichen einer Besserung der Wirtschaftslage. Die Kaufkraft der Massen in Deutschland sei völlig vernichtet. Ein Absinken in eine noch größere Krise ließe bevor. Man rede der deutschen Wirtschaft wie einem kranken Pferde zu, es gehe ihr besser, aber auch das helfe nicht. Die russischen Arbeiter müßten freilich schwere Opfer bringen, aber sie brächten sie für ihren Staat, für sich selbst, nicht für die Ausbeuterklasse. In Rußland gebe es daher keine Arbeitslosen; man gerbere sich im Gegenteil dort den Kopf, wie man zwei Millionen fehlender Arbeiter beschaffen soll. Die Sozialdemokraten trügen mit ihrem Gummiknüttel- und Wachsstockgewehr die Schuld an dem Elend.

Abg. Dr. Deffner (Ztr.) weist darauf hin, daß die Arbeitslosen in Deutschland mit Einschluß ihrer Familienangehörigen nahezu ein Drittel der deutschen Bevölkerung ausmachen (Hört! Hört! im Zentrum). Jeder Arbeitslose verliere etwa monatlich 100 Mark an Einkommen. Der Gesamtverlust an solchen Lohnsummen macht in Deutschland im Jahre 4-5 Milliarden aus. Um diesen Betrag wird die innere Kaufkraft geschwächt. Der Hauptstoß erleidet dabei zunächst der gewerbliche Mittelstand. Die Mindestkaufkraft beträgt reichlich 10 Prozent der Kleinhandelsumsätze. Ganz falsch ist die von manchen Landeshauptmännern verbreitete Meinung, daß die deutsche Industrie mit ihrer Arbeitslosigkeit gemittelmäßig aus Kosten der Landwirtschaft lebe. Im Gegenteil, die Toleranz der deutschen Industrie und insbesondere der deutschen Industriearbeiterschaft gegenüber den landwirtschaftlichen Wünschen ist beispiellos. Für die Landwirtschaft werden auf Kosten der Konsumenten jährlich 4-5 Milliarden an Subventionen gegeben, für die Industrie aber nur ein winziger Bruchteil. Die radikale Stimmung in einzelnen Teilen der Landwirtschaft sei daher ganz unbegründet. Die landwirtschaftliche Bevölkerung werde von gewissen Seiten gegen den Staat geradezu aufgereizt (Zust. beim Zentrum). Seit 100 Jahren habe keine deutsche Regierung für die Landwirtschaft soviel getan wie die gegenwärtige und die vorherige republikanische Regierung (Hört! Hört!). Der Redner fordert Exportförderung. Jede Erschütterung unserer Exportindustrie wirke besonders verhängnisvoll auf die Landwirtschaft. Bei der Preislenkung sei ein bißchen mehr Courage und Ernst im Anpacken geradezu lebensnotwendig (Beifall). Die Preise hätten sich auffallend wenig geändert. Hier müsse mit anderer Energie vorgegangen werden (Beifall i. Zentrum).

Darauf werden die Verhandlungen auf Freitag 8 Uhr vertagt.

Vor langen Reichstagsferien

Berlin, 13. Februar.

Reichstagsler Dr. Brüning empfing gestern abend die Führer mehrerer Parteien. Mit der Landvolkpartei wurde in erster Linie über das Dittschgegesetz gesprochen, das das Kabinett am kommenden Sonnabend beschließen soll. Die Besprechungen mit den Führern der Sozialdemokraten erstreckten sich auf die gesamte parlamentarische Lage.

In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß der Reichstag sich nach Erledigung der ihm in seiner Winter-session gestellten Aufgaben, insbesondere nach Verabschiedung des Etats, also voraussichtlich Ende März, bis in den späten Herbst vertagen werde, wobei dem Präsidenten allerdings die Ermächtigung erteilt würde, ihn im Bedarfsfälle auch früher einzuberufen. Die lange Sommerpause würde von der Regierung vor allem für die Ausarbeitung der nötigen Reformentwürfe für die Arbeitslosenversicherung, die Anwartschaftsversicherung und andere durch die Finanzlage erforderlich gewordenen Vorlagen benutzt werden.

Nach dem Empfang beim Reichstagsler trat der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion zu einer Besprechung über die mit dem Kanzler behandelten Fragen zusammen, an der auch Ministerpräsident Dr. Braun und Reichstagspräsident Loh teilnahmen.

Weshalb die Deutschnationalen ausziehen

Berlin, 13. Februar.

In einer in der Pöhlharmonie abgehaltenen Deutschnationalen Versammlung begründete Reichstagsabgeordneter von Freitag-Boringhove den Auszug der deutschnationalen Abgeordneten aus dem Reichstag, der innerpolitisch eine Notwendigkeit gewesen sei. Die Deutschnationalen könnten sich mit der von der Regierung und den Mehrheitsparteien geführten Außenpolitik nicht einverstanden erklären. Die deutsche Öffentlichkeit müsse darüber aufgeklärt werden, daß Erfüllungsbereitschaft, die die Masse des Freiheitswillens trage, noch schädlicher und verderblicher sei als der unverbüllte Unterwerfungswille. Dem Reichstagsler sagte der Redner nach, er wisse nur immer zu wiederholen, daß die Finanzsanierung die Voraussetzung für die Revision sei. Der Kanzler führe Deutschland den Weg einer immer engeren wirtschaftlichen Bindung an Frankreich.

Fried dementiert

Weimar, 13. Februar.

Auf eine Anfrage, ob in absehbarer Zeit die Brestemendungen zufolge geplante Rundgebung der nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten in Weimar stattfinden würde, erklärte Staatsminister Dr. Fried, daß an eine derartige Veranstaltung gar nicht gedacht werde. Dagegen würden nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete in den nächsten Tagen in ganz Deutschland Versammlungen abhalten.

Zur Lage im Reichstag.

Berlin. (Zuspruch.) Im Reichstag sahen heute Freitag der Haushaltsausschuss, der Soziale Ausschuss und der Strafrechtsausschuss in Abwesenheit der Rechtsopposition ihre Arbeiten fort. Im Haushaltsausschuss stehen zunächst noch Reste des Etats des Finanzministeriums zur Beratung. Dann soll der Kriegskostenhaushalt beraten werden. Im Sozialpolitischen Ausschuss soll das Gesetz über die gewerbmäßige Stellenvermittlung erledigt werden. Im Strafrechtsausschuss hat sich durch die Abwesenheit der Rechtsopposition die Laifache ergeben, daß alle Anträge der Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen werden, da diese Parteien über die Mehrheit im Ausschuss verfügen. Zu entscheidenden Änderungen ist es allerdings dabei nicht gekommen, da der Ausschuss sich gegenwärtig noch mit den weniger kritischen Problemen des Strafrechts befaßt. Die Deutschnationalen sind am Freitag vormittag wieder nur an den Beratungen des Roggenstützungsausschusses beteiligt. Obwohl die Deutschnationalen sich von allen Reichstagsarbeiten fernhalten, versammeln sie sich täglich zu einer Fraktionsführung im Reichstag. Auch heute sind sie um 11 Uhr wieder zu einer Sitzung zusammengetreten.

In der Plenarsitzung des Reichstages, die um 3 Uhr begann, wird die Aussprache zum Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums fortgesetzt.